

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

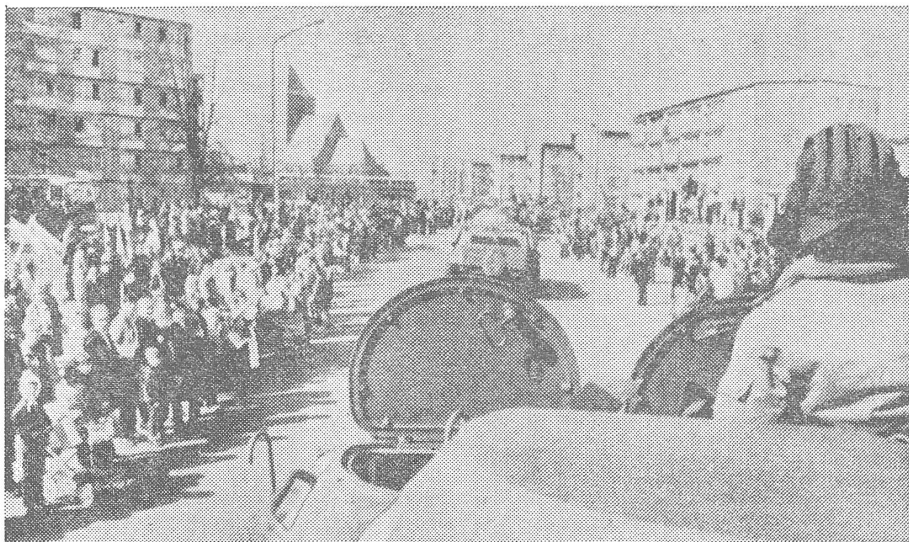
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Das Manöverbild, das zum Invasionsbild werden könnte: «Polnische Bürger begrüßen (wer von den Zuschauern grüsst denn eigentlich auf diesem Bild? Anm. ZB) eine mot. Schützeinheit der NVA (Nationale Volksarmee der DDR), die an der Seite polnischer, sowjetischer und tschechoslowakischer Waffenbrüder an der Kommando-Staatsübung «Sojus 81» (...) teilnimmt.» So die Bildlegende von «horizont», Ostberlin. An dieser Art von Teilnahme für Polen ist allerdings nicht zu zweifeln.

## Polnischer Mai

In Polen hat die ZK-Sitzung der letzten Woche die Streitfragen innerhalb der Partei nur hinausgeschoben.

Die personellen Neuerungen im Politbüro sind auf jeden Fall keine Weichenstellung. Das Ausscheiden vom früheren Ministerpräsidenten Pinkowski und vom früheren Aussenminister Wojtaszek ist nichts weiter als der logische Abschluss ihrer Entmachtung. Erstmals sind dafür zwei Arbeiter ins Politbüro aufgenommen worden: der schlesische Bergmann Gerard Gabrys und der Fabrikarbeiter Zygmunt Wronski aus dem Traktorwerk Ursus bei Warschau. Doch der Präzedenzfall ist gleichzeitig auch eine Alibiübung. Wronski hat sich im Zentralkomitee schon als Gegner von Solidarnosc und KOR profiliert; da hätte man sich die «stärkere Vertretung der Arbeiter in den höchsten Instanzen» auch überzeugender vorstellen können.

Unangefochten blieb in der Parteiführung die Stellung der Politbüromitglieder Olszowski und Grabski, welche die Dinge stets so zu bewerten pflegen, wie es in Moskau gewünscht wird. Grabski präsidiert interessanterweise die neu eingesetzte Kommission, die den Amtsmissbrauch von früheren Parteiführern untersuchen soll.

Bis zum Parteikongress wird das Seilziehen um die Demokratisierungswünsche der «Basis» weiter anhalten. Um die Echtheit der Delegiertenwahlen wird es harte Auseinandersetzungen geben, denn wenn die einfachen Mitglieder ihre Vertretung frei bestimmen sollten, wären Prinzip und Zusammensetzung der Parteiführung in Frage gestellt.

Die ausserhalb der Partei organisierte Mehrheit der Arbeiter, Bauern und Studenten hält sich weiterhin zurück. So kam es am 1. Mai zu keinem Versuch der Solidarnosc, den Feiertag für sich zu beanspruchen und die offiziellen Feiern zu konkurrenzieren. So lief alles ungestört ab, wenn auch in erheblich reduziertem Ausmass.

Was tut man in Moskau? Man hat dort zu den üblichen Beschuldigungen gegenüber der feind-

lichen Subversion in Polen noch jene des «Zionismus» hinzugefügt und beruft sich nach wie vor auf die Prinzipien des «proletarischen Internationalismus», das heisst auf das Eingriffsrecht. Und im übrigen zeigt die Sowjetführung dem Westen, dass er Polen gefälligst als innersowjetische Angelegenheit betrachten solle, weil ihm sonst an andern Orten Aerger blühen könnte. So wird der orientalische Topf am Kochen gehalten. ■

## Proletarischer Internationalismus

Zum Stichwort «Proletarischer Internationalismus» sind im sowjetischen Nachschlagewerk «Nautschnyi kommunizm: Slowar» (Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus), Moskau, 3. Ausgabe 1980, unter andern folgende Absätze zu finden (S. 256):

**Der Internationalismus ist ein untrennbarer Bestandteil der revolutionären proletarischen Weltanschauung. Jeder proletarische Revolutionär muss mit Ueberzeugung und Konsequenz die internationale Koordination aller revolutionären Kräfte unterstützen, in erster Linie die einheitlichen Meinungen und Aktionen der kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien. Internationalismus ist unvereinbar mit Konzessionen gegenüber bürgerlichem oder kleinbürgerlichem Nationalismus. (...)**

**Jeder Rückzug von Positionen des Internationalismus ist Verrat an der Sache der Arbeiterklasse. Besonders gefährlich ist die Abkehr vom Internationalismus durch Parteien, welche sozialistische Staaten kontrollieren; dies untergräbt das sozialistische Weltssystem als das Bollwerk der Kräfte der Weltrevolution.**

## In Kürze

Wir haben schon mehrmals über den Untergrundverlag «Christianin» berichtet, den in der Sowjetunion die sogenannten Evangeliumschrösten-Baptisten (EChB) betreiben, d. h. jene unter ihnen, die nicht staatlich registriert sind und daher verfolgt werden. Sie haben versteckte Druckereien und geben religiöse Schriften heraus. Im Juni letzten Jahres hatte die Polizei eine solche Untergrunddruckerei in Gliwenki, Gebiet Krasnodar, entdeckt. Nunmehr ist bekannt geworden, dass sechs der damals verhafteten «Christianin»-Mitarbeiter zu Freiheitsstrafen von drei bis sechs Jahren verurteilt worden sind. Wegen einer Publikationstätigkeit, die nicht einmal gegen den Staat gerichtet war.



Nach einem Hungerstreik gestorben ist der estnische Bürgerrechtler Jüri Kukk im sowjetischen Straflager 142/17 bei Murmansk. Er hatte keine Terrorakte verübt, sondern büsste (zwei Jahre Lager wegen Verleumdung des Sowjetsystems) nur für Gesinnungsdelikte, die zum Beispiel darin bestanden, dass er einen Protest gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan unterschrieb. Sein Tod sollte im Westen wenigstens ein stilles Nachdenken wert sein, unter anderem über die Verhältnismässigkeit der Dinge.



Die sowjetische Gewerkschaftszeitung «Trud» hat am 2. 4. 1981 von einem Jubiläum berichtet. Eine «neue» Fabrik ist nämlich seit 1971 im Bau, und die Beendigung ist noch nicht in Sicht. Und bald nicht mehr in Sicht ist die zugehörige Einrichtung. Sie ist nämlich schon geliefert worden und rostet nun auf dem Baugelände still vor sich hin.



«Trud» widmet den Verantwortlichen ein Anerkennungsbild: «Ich Sorge mich mehr um die Ausrüstung als um mich selbst.»



Recycling wird auch in der Sowjetunion angestrebt. Im industriellen Wasserverbrauch ist zwischen 1976 und 1980 der Anteil an wiederverwendetem Wasser von 55 auf 64 Prozent gestiegen.



In einem Wohnblock der sowjetischen Stadt Kriwoi Rog brach eine Warmwasserleitung und überschwemmte den Keller. So etwas kann bei einem Altbau (Jahrgang 1979) schon mal passieren, denn zwei Jahre sind für eine fortschrittliche Gesellschaft eine Zeit, in der viel geschieht. Hauptsache, die Reparaturbrigade kommt. Und

sie kam nach einiger Zeit tatsächlich, legte einen kunstvollen Abzugsgraben an und lieferte neues Rohrmaterial. Jetzt fehlt nur noch die Brigade, die es auch noch einbauen wird. («Trud», Moskau, 9. 4. 1981)



Pech mit ihren Bekanntschaften hat die 25jährige Dame, deren Leserbrief die sowjetische Jugendzeitung «Komsomolskaja Prawda» am 10. 4. 1981 veröffentlichte. Dabei ermangelt es der Schreiberin weder an gutem Aussehen noch an frischem Atem. Nur eben. Der erste Freund verliess sie, als die Eltern eines andern Mädchen ihm ein Auto kauften. Und der zweite wandte sich einer Rivalin zu, die einen Geschäftsleiter zum Vater hatte. Der dritte hätte eine bessere Gesinnung haben sollen, er als Sowjetoffizier. Aber er lachte sie aus, als sie zu einer Gesellschaft in sowjetischen Konfektionskleidern erschien; er selber trug Jeans, durch ihr Etikett als echt amerikanisch ausgewiesen. Und als sie dann noch entdeckte, dass er in seiner Wohnung wohl Importmöbel hatte, aber keine Bücher, kam es zum Krach. Jetzt stellt sie der Redaktion und den Lesern die Frage: «Bin ich denn bloss ein altmodisches Sowjetmädchen?» ■

## FACETTEN zum Alltag drüben

### Gesundheitswesentliches

Die «unentgeltliche medizinische Versorgung» ist ein obligates Motiv der Werbung für das sozialistische System. In Wirklichkeit ist das Gesundheitswesen in den sozialistischen Staaten schlecht, jedenfalls wenn es den «gewöhnlichen Bürger» betrifft. Was die Propaganda des sonstigen Sowjetlagers verschweigt, wird heute immerhin in Polen offen zugegeben. Nachstehend Zitate aus Berichten der Warschauer Zeitung «Express Wieczornyj» (14. und 15. 4. 1981) über das, was eine Parlamentskommission festgestellt hat:

*«Die schlechte Lage in der Versorgung der Einwohner mit Medikamenten wurde besonders betont. Dieses Problem ist so dramatisch, dass es die Abgeordneten veranlasste, das Postulat an den Ministerpräsidenten zu richten, man solle den Import an Automobilen begrenzen und die freierwerbenden Mittel zum Ankauf unerlässlicher Medikamente verwenden.»*

Wenn es an Verbandstoff, Watte, Insulin, Antibiotika usw. fehlt, muss der ganze Staatsapparat bis hinauf zum Ministerpräsidenten eingeschaltet werden (wobei es ein exklusiv polnischer Fortschritt ist, dass man diesen im Parlament zur Rede stellen kann). Der bürokratische Aufwand ist enorm. Der folgende Passus beleuchtet das:

*«Von den 10 130 in Warschau registrierten Aerzten arbeiten nur 5000 im städtischen Gesundheitsdienst, und von diesen wiederum sind nur 2000 in der eigentlichen Gesundheitspflege und damit unmittelbar für den Patienten tätig. Die übrigen Aerzte sind in verschiedenen wissenschaftlichen und administrativen Ressorts beschäftigt.»* ■

### Castros Glaubwürdigkeit unter Blockfreien angeschlagen

# Lateinamerikaner wehren sich

**Kuba ist das wichtigste Rekrutierungsgebiet der sowjetischen Fremdenlegion für ihren Einsatz gegen die afrikanische Bevölkerung. Kuba hat sich vom sowjetischen Verbündeten zum sowjetischen Satelliten verwandelt. Und Kuba ist «blockfrei», ja offizieller Führer der Blockfreien.**

**Lassen sich die andern das gefallen? Ja, soweit die betreffenden Länder selber diktatorische Systeme des gleichen Typs haben und zu ihrer Aufrechterhaltung sowjetische Hilfe brauchen. Ja, soweit ihre Führer Angst davor haben, wegen Aufbegehrens ihrerseits auf die Abschussliste zu kommen.**

**Aber es gibt immerhin auch Widerstände. Solche sind jetzt gerade auch in Lateinamerika zu registrieren. Da und dort ist man am Erwachen.**

Im September 1979 wurde Kuba für fünf Jahre der Vorsitz der Bewegung der Blockfreien (BB) übertragen, und das Mandat des Vorsitzenden fiel an Fidel Castro. Dessen Maximalziel war es gewesen, die Sowjetunion als «natürlichen Alliierten» der BB zu akkreditieren. Zur Genugtuung der Mehrheit der Mitglieder dieser Bewegung ist es jedoch wenigstens gelungen, eine solche Bindung zu verhindern.

Die Konferenz der BB-Aussenminister in Delhi im Februar 1981 hat das gestärkte Vertrauen der Gemässigten erwiesen. In den Konferenzergebnissen kommt sogar eine gewisse Zurückhaltung Kubas zum Ausdruck. Sie ist Folge der Schwierigkeiten Castros, die sowjetische Besetzung Afghanistans verteidigen zu müssen.

Ferner haben Probleme Kubas in den Beziehungen mit seinen Nachbarländern dem Anspruch Castros auf die Führung der Dritten Welt erheblich geschadet.

Die kubanische Ausbildung von Guerilleros für Ecuador und Kolumbien haben Kolumbien veranlasst, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen, derweil Ecuador sie auf wirtschaftliche Beziehungen beschränkt. In einer Erklärung rief der kolumbianische Aussenminister Carlos Lemos Simmons am 7. April Venezuela auf, einer demokratischen Front beizutreten, «um Ländern, die keine Demokratie sind, zu zeigen, wie ein Staat verwaltet werden sollte».

Kolumbien, Ecuador und Venezuela wohnten der Konferenz der Blockfreien 1979 als Beobachter bei. Sie sind Mitglieder des Anden-Paktes, der sich um die Stabilisierung in Lateinamerika bemüht, welche durch Kubas Unterstützung oppositioneller Guerilleros gefährdet ist. Als Kolumbien im März die diplomatischen Beziehungen zu Havanna abbrach, beschuldigte es Kuba der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.

In Ecuador wurden Ende März zwei Mitglieder der «Bewegung 19. April» verhaftet. Sie haben gestanden, während dreier Monate in Kuba Waffenausbildung erhalten zu haben. Sie sollten über Ecuador nach Kolumbien eindringen.

Costa Rica, ein weiteres Mitglied des Anden-Paktes, hat sein Konsulat in Havanna geschlossen. Gegenwärtig werden Vorwürfe untersucht, dass Kuba über Costa Rica Waffen und militärische Berater für die Sandinisten in Nicaragua durchgeschleust habe. Die zunehmend diktatorische Verwaltung der Sandinisten, die von Kuba unterstützt werden, hat Nicaraguas Nachbarländer

enttäuscht. Sie hatten sich vom Sturz Somozas eine demokratische Entwicklung in Nicaragua erhofft.

Panama, das verhältnismässig gute Beziehungen zu Kuba hatte, namentlich wegen der Freundschaft zwischen Omar Torrijos und Fidel Castro, überprüft seine Haltung. Ende März deuteten verschiedene Erklärungen angeblich aus Regierungskreisen auf eine Missbilligung der kubanischen Unterstützung von gewaltsamen Rebellen.

Diese Entwicklungen haben Castros Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten belastet. Um so dankbarer muss Kubas Staats- und Parteichef für die ungebrochene sowjetische Unterstützung sein. Sie äussert sich auch darin, dass Havanna zunehmend ein Konferenzort für die von der Sowjetunion kontrollierten Frontorganisationen wird. Vom 19. bis 21. April tagte das Präsidium des Weltfriedensrates in Havanna, und im Februar 1982 soll der Weltgewerkschaftsbund seinen 10. Kongress dort abhalten, erstmals übrigens ausserhalb Europas. P. S.



Der kleine Fidel rührt für den grossen Leonid die Suppe. Karikatur aus «Russkaja mysi», Paris, 23. 4. 1981.